

**Anfrage Schärli Stephan und Mit. über die Sicherheitslage nach den Geschehnissen an der Baselstrasse vom 14. Februar 2026 um 23.30 Uhr sowie über den Handlungsbedarf auf kantonaler und eidgenössischer Ebene**

eröffnet am 23. März 2026

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Einsatzanalyse und Defizite: Welche konkreten Defizite und Herausforderungen wurden im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz an der Baselstrasse festgestellt, insbesondere hinsichtlich Einsatzführung, Ressourcen, rechtlicher Grundlagen sowie im Umgang mit körperlicher und verbaler Gewalt gegenüber Einsatzkräften?
2. Allgemeine Gefährdungslage: Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Entwicklung von Gewalt und Bedrohungen gegenüber Blaulichtorganisationen im Kanton insgesamt?
3. Kantonaler gesetzlicher Handlungsbedarf: In welchen Bereichen sieht der Regierungsrat auf kantonaler Ebene Anpassungsbedarf bei Gesetzen oder Verordnungen, um die Sicherheit der Einsatzkräfte sowie der Bevölkerung zu verbessern?
4. Bundesrechtliche Rahmenbedingungen: Welche Defizite bestehen aus Sicht des Regierungsrates auf Bundesebene, insbesondere im Strafrecht oder in anderen relevanten gesetzlichen Grundlagen, die die Arbeit der Polizei erschweren?
5. Massnahmen und Prävention: Welche konkreten Massnahmen (kurz-, mittel- und langfristig) sind vorgesehen oder geplant, um vergleichbare Situationen künftig zu verhindern und die Einsatzfähigkeit der Sicherheitskräfte nachhaltig zu stärken?

**Begründung**

Die Ereignisse rund um den Polizeieinsatz an der Baselstrasse haben deutlich aufgezeigt, dass die bestehenden rechtlichen und operativen Rahmenbedingungen teilweise an ihre Grenzen stossen. Rückmeldungen aus dem Umfeld der Einsatzkräfte weisen darauf hin, dass die Situation vor Ort äusserst anspruchsvoll und teilweise schwer kontrollierbar war.

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit sowie der Schutz der Einsatzkräfte gehören zu den zentralen Aufgaben des Staates. Wenn sich zeigt, dass bestehende Instrumente nicht ausreichen, ist eine fundierte Analyse und gegebenenfalls eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen erforderlich. Die Bevölkerung hat Anspruch auf Sicherheit, und die Einsatzkräfte benötigen klare, wirksame und durchsetzbare Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Die vorliegenden Ereignisse unterstreichen den Handlungsbedarf sowohl auf kantonaler als auch auf eidgenössischer Ebene.

*Schärli Stephan*